

Ankündigungstext zur CorA-Kampagne Reform des Vergaberechts:

Keine Ausbeutung mit Steuergeldern!

Für eine verantwortliche öffentliche Beschaffung

Bleivergiftung in Zulieferbetrieben von Daimler-Chrysler in Nicaragua, sklavenähnliche Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen, Pestizidvergiftung der Belegschaft auf den Blumenplantagen in Guatemala, Überstunden bis zur totalen Erschöpfung von NäherInnen in Kambodscha – haarsträubende und völlig unannehmbare Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen sind Alltag in Fabriken, Plantagen und Minen, die über den Globus verteilt für multinationale Unternehmen produzieren. Gekauft werden diese Produkte auch mit unseren Steuergeldern – die Auftraggeber der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen) sind die größten KonsumentInnen im Lande.

Das öffentliche Beschaffungswesen könnte ein wichtiger Hebel sein, um sozial und ökologisch zukunftsfähige Produktions- und Konsummuster in Deutschland und weltweit anzustoßen. Aber weit gefehlt: Kaum ökologische und keine sozialen Kriterien werden beim Einkauf des Staates berücksichtigt. Statt eine Vorreiterrolle im Interesse der Allgemeinheit einzunehmen, haben es Bundestag und Bundesregierung bis heute versäumt, klare Regeln für eine verantwortungsvolle Beschaffung in Deutschland zu verabschieden und dadurch Vergabestellen in Bund, Ländern und Kommunen zu stärken, die nach sozialen und ökologischen Kriterien einkaufen wollen.

Der erste Schritt wäre einfach: Die EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe müssen ins deutsche Recht übernommen werden. Andere Staaten - wie Spanien, Frankreich, Belgien und die Niederlande - haben gezeigt, dass dabei sozial und umweltpolitisch verantwortungsbewusste Vergaberegeln eingeführt werden können.

Um dies auch in Deutschland bei der aktuellen Reform des Vergaberechts zu erreichen, sensibilisiert das CorA-Netzwerk derzeit EntscheidungsträgerInnen für das Thema.. Doch handeln PolitikerInnen erfahrungsgemäß erst, wenn entsprechender Druck auch massiv von außen kommt. – Helfen Sie uns dabei!

Senden Sie Protestkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien Volker Kauder (CDU/CSU) und Peter Struck (SPD)! Diese sollen im Bundestag für die Aufnahme verbindlicher sozialer und ökologischer Kriterien ins deutsche Vergaberecht stimmen.

Die Zeit drängt: Das neue Vergaberecht soll in Kürze im Bundestag verabschiedet werden. Dies müssen wir nutzen, um verbindliche Regelungen im öffentlichen Beschaffungswesen durchzusetzen.

Bestellungen der Protestpostkarten und einer Aktionszeitung sind kostenlos (gegen Versandkosten) bei der Christlichen Initiative Romero (CIR) möglich. Dort ist auch eine Hintergrundbroschüre mit konkreten Beispielen und Aktionsvorschlägen zum Thema erhältlich (72 Seiten, 7 Euro):

Christliche Initiative Romero (CIR)

Frauenstr. 3-7

48143 Münster

Tel. 0251/89503

Fax 0251/82541

Mail: cir@ci-romero.de

Web: www.ci-romero.de